

Abonnements
werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.
Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark inkl. Postgebühren.
Das Zeitungskreisblatt erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen.
Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köhlfraße 87.



Anzeigen
werden im Verlage: Berlin W 35, Köhlfraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.
Die gewöhnliche Zeilenbreite über dem Raum heißt 14 Zeilen, die gewöhnliche Zeilenhöhe im Verhältnis um 1/2 an der Spitze des Wortes 1,25 Reichsmark.
Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt.
Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fetter Wörter 20 Pf.

Teltower Kreisblatt

Berlin-Werkschlag:
Samml.-Nr. B 2 Bülow 671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postfachkonto:
Berlin 1519 61.

Nr. 293.

Berlin, Dienstag, den 13. Dezember 1932.

77. Jahrg.

Ämtliches.

Weitere ämtliche Bekanntmachungen sind im Interentenfeld dieser Nummer veröffentlicht.

Ewald Karré
im 55. Lebensjahre.
An der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Tätigkeit auf dem Landratsamt des Kreises Teltow hat er sich durch treue Pflichterfüllung und angenehmes Wesen die Wertschätzung seiner Vorgesetzten und die Liebe seiner Mitarbeiter erworben. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.
Berlin, den 13. Dezember 1932.
Landrat des Kreises Teltow.
von Nathusius.

Schießplatz Kammesdorf.
Scharfschießen:
Am 14., 15. und 16. Dezember 1932, Schießbahn Ost bis 10 200, Weite bis 7500; Beginn 8 Uhr, Dauer 19 Stunden.
Berlin, den 13. Dezember 1932.
Der Landrat des Kreises Teltow, von Nathusius.

Neues in Kürze
Die Genfer Einigungsformel, die Deutschlands Gleichberechtigung brachte, wurde in Berlin, wenn auch immer noch mit einer gewissen Vorbehalt, für die zukünftige Gestaltung der Abrüstungsfrage als erster Erfolg gewertet.
Die Präsidenten des Reichstages und des Preussischen Landtags wurden von Hindenburg zu einer persönlichen Ansprache über die Frage Reichstagen eingeladen.
Der Haushaltsausgleich des Reichstages hat mehrere Entschlüsse über eine befristete Winterhilfe für die Erwerbslosen angenommen.
Dr. Marius Gelandner in Riga. Der Reichspräsident hat den Vortragsreden Legationsrat im Auswärtigen Amt, Dr. Marius, zum Gelandner in Riga ernannt.
Bestätigtes Zeitungsverbot. Die Beschwerde gegen das Verbot der in Berlin erscheinenden „Rosen-Zeitung“ wurde vom 5. Strafsenat des Reichsgerichts als unbegründet kostenlos verworfen.
MacDonald in London eingetroffen. Ministerpräsident MacDonald ist in London eingetroffen. Der deutsche und der französische Botschafter hatten sich zu seiner Begrüßung auf dem Bahnhofs eingefunden.

Staatsmedaille für Gräfin von der Groeben
Berlin, 13. Dezember.
Eine besondere Ehrung hat der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Reichsinnenminister Dr. Bracht, der Vorsitzenden des Hauptverbandes des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, Frau Dr. h. c. Agnes von der Groeben, zu ihrem 70. Geburtstag mit seinen Glückwünschen durch die Verleihung der Silbernen Staatsmedaille für Verdienste um die Volksgemeinschaft zuteil werden lassen.

Russisch-chinesische Einigung
Genf, 13. Dezember.
Durch einen Notenaustausch zwischen Litwinow und dem chinesischen Delegierten Dr. Yen sind die normalen diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China, die seit Jahren unterbrochen waren, wiederhergestellt worden. Diese Maßnahmen entsprechen, so heißt es in den Noten, dem Wunsch beider Regierungen, im Interesse des Friedens die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern.

Politisches Verbrechen?
St.-Mann erschossen aufgefunden.
Schwerin, 13. Dezember.
Auf der Chaussee in der Nähe der medlenburgischen Ortsgasthof Köhlfraße wurde ein St.-Mann in Uniform auf der Chaussee als Leiche aufgefunden. In der Nähe der Leiche befand sich ein Revolver. Die Leiche selbst wies einen Schuß in der Schläfe auf. Soweit bisher festgestellt werden konnte, handelt es sich um einen St.-Mann aus Giedersbagen. Die Mordkommission hat sich sofort nach Köhlfraße begeben, um nähere Feststellungen zu treffen, insbesondere darüber, ob der St.-Mann das Opfer eines Verbrechens geworden ist oder ob er Selbstmord verübt hat.

Die Genfer Einigungsformel

Berlin, 13. Dezember.

Die Perspektiven, die sich aus der Genfer Einigung für den weiteren Gang der Abrüstungskonferenz ergeben, werden von zuständigen Stelle wie folgt beurteilt:
Die Forderung, die wir im Sommer mit unserem Abzug von der Konferenz durchsetzen wollten, ist hundertprozentig erfüllt worden. Damit ist eine wichtige Position gewonnen. Die Gegenseite hat erkannt, daß Abrüstungsverhandlungen mit Erfolg nicht ohne Deutschland geführt werden können.
Insmerhin bleibt der Kampf weiter problematisch. Man weiß wie gering der Abrüstungswille der anderen ist; in deutschen Kreisen gibt man sich deshalb auch keinen Illusionen hin.
Unser Ziel ist nicht die Aufsehung sondern die Abrüstung, denn einen Rüstungswettlauf muß Deutschland schon aus finanziellen Gründen zu vermeiden suchen.
Das ist angesichts unserer wirtschaftlichen, unserer Staatslage und unserer privaten Verschuldung selbstverständlich. Diese Risikolierung des Rüstungsstandes durch Abrüsten zu erreichen, ist die Aufgabe, mit der die deutsche Delegation im Januar nächsten Jahres wieder in die Konferenz hineingehen wird. Sie hat durch die Gleichberechtigung ein Druckmittel in der Hand. Das ist auf der Konferenz noch kritische Momente kommen, ergibt sich aus der gesamten Situation von selbst.

Aber wir würden dann selbstverständlich die Konsequenzen wie im Juli sehen, wenn der zu erwartende materielle Inhalt der Konvention, die bei glattem Verlauf vielleicht im Frühjahr zustande kommen könnte, nicht unseren Forderungen entspricht.
Die Situation für uns liegt jetzt, nachdem die Gleichberechtigung erreicht ist, ähnlich wie beim Verträge von Lausanne über die Reparationen. Es wäre denkbar, daß dieser Vertrag daran scheitert, daß der eine oder andere Staat ihn nicht ratifiziert; dann würde nicht eine Rückkehr zum Youngplan erfolgen, sondern es wäre nur eine neue Konferenz möglich. Ebenso würde bei einem Scheitern der Abrüstungskonferenz nicht der Vertrag von Versailles wieder in Wirksamkeit treten, sondern wir haben vielmehr auf der Basis der Gleichberechtigung alle Hände frei. Diese Lage ist auch deshalb gegeben, weil der Reichsaussenminister jeden Versuch, das künftige Konferenzergebnis einzuschränken, abgewehrt hat. Inzwischen wird durch die vereinbarte Zusammenarbeit der fünf Hauptmächte versucht werden, die Konferenz vorwärts zu bringen.

Der Punkt 4 ist gerade von unserem Standpunkt aus ein großer Erfolg, weil in ihm die Aussetzung der anderen als Ziel der ganzen Verhandlungen noch einmal unterstrichen wird. Was dann noch die Sicherheitsfrage anlangt, so wird Deutschland nicht nur weiter seine Ziele vertreten, daß die Sicherheitsfrage durch Abrüstung herbeigeführt werden muß, sondern es wird selbst unter diesem Titel eine Reihe von Forderungen anmelden.
In diesem Zusammenhang versteht es sich von selbst, daß ein neuer Pakt über die Nichtanwendung von Gewalt für einen Staat, der abgerüstet hat, von großem Wert ist. Zusammenfassend ist festzustellen, daß unsere Position auch im Falle eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz durch die Vereinbarung wesentlich stärker geworden ist, denn bei einer Wiederaufnahme der Verhandlungen würden wir nicht erst mehr um die Gleichberechtigung zu kämpfen haben. Sie ist vielmehr die jetzt selbstverständliche Basis.

Auswärtiger Ausschuß einberufen
Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist für Freitag vorzeitig einberufen worden, um einen Bericht des Reichsaussenministers über die letzten außenpolitischen Ereignisse, namentlich über die Genfer Verhandlungen, entgegenzunehmen und dazu Stellung zu nehmen.

Preßfestimmen
Geteilte Meinung in Paris.
Nur die sogenannte offizielle und regierungsfreundliche Pariser Presse hat das in Genf getroffene Abkommen über die Gleichberechtigung. Die übrigen Blätter verhalten sich kritisch, einige sogar stillschweigend.
Söhnungstrohe Zufriedenheit in London.
Die Londoner Morgenblätter spenden der Vermittlertätigkeit MacDonalds bei den erfolgreichen Genfer Verhandlungen hohes Lob.

Deutscher Presspiegel

Von den deutschen Zeitungen schreibt der nationalsozialistische „Baltische Beobachter“ zu der Genfer Einigung, jetzt beginnt erst der Kampf um die wirkliche Gleichberechtigung. Schon die nächsten Beratungen der Abrüstungskonferenz würden zeigen müssen, ob es Neutraht gelinge, diese Anerkennung in den tatsächlichen Verhandlungsergebnissen durchzusetzen und die zu erwartenden französischen Abstentungsmandate zu durchkreuzen. Der zweitgrößte Wortlaut der Entschlüsse gebe jedenfalls den französischen Auslegungsräumen volle Auswirkungsmöglichkeit und verpflichte den deutschen Vertreter zu höchster Bereitschaft.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erlirbt einige neue Anlässe und Ausgangspunkte, die entscheidenden Streitfragen aber selten ungehört gelassen. Der „deutsche Beobachter“ meint, es bleibe zu fragen, ob nicht bei weiteren Widerstand der deutschen Delegation noch mehr zu erreichen gemeint wäre. Die „Börsezeitung“ hält es für einen Erfolg, daß die Gleichberechtigung Deutschlands nicht mehr ein Ziel, sondern ein Grundbedingung der Abrüstungskonferenz ist. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ warnt davor, aus der Genfer Formel einen Sieg der deutschen Politik und den Anbruch der Freiheit für unsere Nation zu machen. Was von Neutraht nach Hause bringen, sei ein Wechsel auf die Zukunft!

Die „Germania“ (Zentrum) schreibt, zu einem vorzeitigen Jubel bestehe kein Anlaß. Eines aber stehe schon heute unumstößlich fest: „Die einseitigen Entwaffnungsbestimmungen sind erledigt.“ Das „Berliner Tageblatt“ meint, es wäre nicht ganz ausgeschlossen, daß die Genfer Formel auf den „Zeit mehr als zwei Jahren so hart gestorenen Alter der Verständigungspolitik auflockernd wirke.“ Der sozialdemokratische „Vorwärts“ nennt das Ergebnis der fünf-Mächte-Konferenz eine Verminderung der internationalen Spannungen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich.

Herriot-Rede über die Schuldenfrage

Paris, 13. Dezember.

Der französische Ministerpräsident Herriot gab in der Kammer eine Erklärung über die Kriegsschuldenfrage ab. Das Haus war gut besetzt, die Tribünen überfüllt. Im ersten Teil seiner Ausführungen gab Herriot auf die Vorgeschichte der Schuldenfrage ein. Zwei Umstände, so erklärte er, hätten in der Nachkriegszeit viel Mißverständnisse herbeigeführt: der nicht zustande gekommene Garantiepakt und die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten am Wösterbund.
Hoovers Initiative in der Reparationsfrage, führte Herriot weiter aus, sei für Frankreich besonders verwerflich gewesen, weil sie es keines Glaubigeranpruchs beraubt habe. Gegen die gewaltige Bedeutung dieser Aufgabe vermöchten alle juristischen Argumente nichts.

Zum Lausanner Abkommen sagte Herriot, seine Ratifizierung hänge von einer befriedigenden Uebereinkunft der Schuldnerländer mit Amerika ab. Uebrigens sei dieses Abkommen für die Vereinigten Staaten vorteilhaft gewesen, da es die privaten amerikanischen Glaubigeranprüche mit mehr als 100 Prozent valorisiert habe.

Die dringendste Frage des Augenblicks sei: Sollte Frankreich zahlen oder nicht? Prüfe man hier die Möglichkeiten, dann sei zu sagen, daß eine Zahlung auf Sperrkonto oder durch Bonds ausseheide, weil sie zweideutige Lösungen darstelle und Frankreich nicht würdig sei. Auch eine Anrufung des Jaager Gerichtshofs komme vorläufig nicht in Frage. Andererseits lehne er aber auch eine Zahlungsverweigerung ab.

Zum Schluß äußerte Herriot nach anerkennenden Worten über die Haltung Englands, die „über alles Lob erhaben sei“, davon ausgehend, daß für Frankreichs Politik die Respektierung der Verträge auslagelagende sei, sei er dafür, unter Vorbehalt zu zahlen, wenn er auch noch nicht wisse, mit welchem. Auf jeden Fall werde Frankreichs gemeinsam mit England vorgehen.

Nach Entgegennahme der Erklärung des Ministerpräsidenten vertagte sich die Kammer. Herriot wird nunmehr eine Formel für die Zahlung der Dezemberrate einbringen.

Englands vergebliches Bemühen.

London, 13. Dezember.

Drei Tage vor dem Stichtermin hat England noch einmal den Versuch gemacht, die am 13. Dezember fällige Schuldentrate doch noch in irgendeiner Form für die Reparationspolitik zu retten. Zwar hat man sich in London wohl über